



Deutschland in der EU: Vom Stabilitätsanker zum Unsicherheitsfaktor Merz kritisiert die Ampel-Regierung scharf

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat der Ampel-Regierung vorgeworfen, die Rolle Deutschlands als europäischer Stabilitätsanker zu verspielen. Merz sagte im Bundestag: „Von keinem Land geht so viel Unsicherheit und so viel Unklarheit aus in Europa wie gegenwärtig von Deutschland.“ Gut sei deshalb, dass die Europäische Volkspartei, zu der CDU und CSU gehören, als klare Siegerin aus der Europawahl hervorgegangen sei. Auch begrüßte er, dass der Europäische Rat Ursula von der Leyen erneut als EU-Kommissionspräsidentin nominiert hat.

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich in der zweiten Wochenhälfte in Brüssel getroffen, um über die personalpolitische und thematische Aufstellung der EU für die kommenden fünf Jahre zu beraten. Darüber sowie über den Anfang Juli bevorstehenden NATO-Jubiläumsgipfel gab Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag eine Regierungserklärung ab, auf die Merz als Oppositionsführer antwortete. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende nannte als größte Herausforderungen, vor denen Europa in nächster Zeit stehe, den Ausbau der Verteidigungsfähigkeit und die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Vor den Bedrohungen durch eine „Achse der Autokratien“



Friedrich Merz bei seiner bei seiner Erwidern auf Bundeskanzler Scholz im Plenum in dieser Woche.

warnte Merz eindringlich. Repressive Regime wie Russland, Iran, Nordkorea und China arbeiteten nicht isoliert voneinander, sondern forderten die Demokratien des Westens in einem offenen Systemkonflikt gemeinsam heraus. In der Ukraine und in Israel entscheide sich daher nicht nur das Schicksal der dort lebenden Menschen, sagte Merz. „Dort entscheidet sich auch die Frage, ob Demokratien im 21. Jahrhundert gegen die Aggression von Autokratien bestehen können – und ob wir als europäische Wertegemeinschaft die Kraft und überhaupt den politischen Willen zu unserer gemeinsamen Verteidigung aufbringen.“

Seite 2

Bessere Haushaltspolitik

Mit Frau Prof. Dr. Christofzik von der Universität Speyer, Herrn Dr. Böllhoff und Herrn Schramm von der „Berater der öffentlichen Hand GmbH“ diskutierte die Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU im Bundestag über bessere ziel- und wirkungsorientierte Haushaltspolitik und welche Herausforderungen auf der Bundesebene bestehen. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte in dieser Woche informiert, dass der Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 nicht wie geplant in der kommenden Woche verabschiedet werde, sondern erst in der parlamentarischen Sommerpause: ein Zeichen, dass der Ampel eine Einigung schwer fällt. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

Vor diesem Hintergrund zeigte sich Merz erschüttert über die zerstrittene und unfähige Regierungskoalition. Als Beispiele nannte er die Tatsache, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Ranking immer weiter absinke. Deutschland sei erneut der „kranke Mann Europas“.

Die Unionsspitzen kritisierten die Koalition auch für ihr Unvermögen, rechtzeitig einen Haushalt für das Jahr 2025 aufzustellen. Der Kabinettsentwurf verzögert sich bis in die parlamentarische Sommerpause. Unklar bleibt somit unter anderem, wie die Regierung das der NATO gegebene Versprechen einhalten will, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung zu investieren.

Mit Blick auf Migration und Integration bemängelte Merz das neue Staatsbürgerschaftsrecht, das die Regierung in Kraft gesetzt hat. Es zerstöre das soziale Gefüge in Deutschland, sagte er. Die Koalition habe in keiner Frage mehr die Zustimmung der Bevölkerung hinter sich vereinen könne. Doch nicht einmal das schlechte Abschneiden der Ampel-Parteien bei der Europawahl führe zu Selbstkritik oder gar Selbstkorrektur.

CSU-Landesgruppenvorsitzender Dobrindt nannte das Wahlergebnis ein „klares Misstrauensvotum der Bürgerinnen und Bürger gegen die Politik der Ampel“. Man warte gespannt auf die Lehren, die diese daraus ziehe – etwa für die Migrations- oder für die Wirtschaftspolitik. Derzeit habe die Koalition weder einen Plan noch eine Idee. ■

Ampel-Agrarpaket ist Luftnummer - Entlastungen und Entbürokratisierung in der Landwirtschaft sind in weiter Ferne.

Das sogenannte Agrarpaket der Ampel war in dieser Woche Thema auf dem Deutschen Bauerntag und im Bundestag. „Es liegt an der Führungsschwäche von Minister Cem Özdemir, dass die Ampel sich nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hat einigen können“, sagte Agrarsprecher Albert Stegemann: Die Koalition müsse nun nachsitzen und ihr Paket mit Substanz füllen. Für Josef Rief sind die angeblichen Entlastungen ein Witz. Man gebe den Bauern 5 Euro und nehme ihnen an anderer Stelle 50 Euro wieder weg. Nichts sei zu Ende gedacht. Und dafür wolle man sich feiern lassen.

Beispiel Bürokratie: Während Brandenburgs Ministerpräsident Woidke zu Recht die Abschaffung der Stoffstrombilanz einfordert, sattelt die Ampel bei Dokumentations-

pflichten immer weiter drauf. Gleichzeitig versucht Minister Özdemir, die von der EU beschlossenen Vereinfachungen für Landwirte als seinen eigenen Erfolg zu verkaufen. Dabei war es die Bundesregierung, die die EU-Vorschläge zu Entlastung und Entbürokratisierung beim Ministerrat in Brüssel nicht mitgetragen hat.

Beispiel unfaire Handelspraktiken: Die Änderungen verbessern die Stellung der Landwirte gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel kaum. Beschwerden zur Vertragsgestaltung mit dem Einzelhandel hat die Ampel nicht berücksichtigt. Immerhin wurde die Tarifglättung wieder eingeführt, die die Ampel 2022 hat auslaufen lassen. Nur können – anders als von der Agrardieselbeihilfe - nicht alle Landwirte davon profitieren. Für Josef Rief reicht eine steuerliche Glättung über drei Jahre nicht aus. So etwas müsse vier oder fünf Jahre gelten, weil niemand das Wetter langfristig voraussagen könne. ■

Ungleichbehandlungen bei der Erweiterung der LKW-Maut verhindern

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche einen Antrag in den Bundestag eingebracht zur Unterstützung von kleineren Unternehmen wie Handwerksbetrieben. Zum 1. Juli tritt die Ausweitung der Mautpflicht auf Fahrzeuge über 3,5 Tonnen in Kraft. Für die betroffenen Unternehmen hat dies eine erhebliche Mehrbelastungen zu Folge. Um kleine Unternehmen wie Handwerksbetriebe nicht zu überfordern, gibt es zwar eine HandwerkerAusnahme, aber diese Ausnahmeregel greift zu kurz, weil sie nur bestimmte Berufe umfasst. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert, dass deutlich mehr gewerbliche Tätigkeiten von der

Maut befreit werden. Dazu Josef Rief:

„Von der Mautpflicht müssen weitere Berufe befreit werden. Ungleichbehandlungen unserer heimischen Unternehmen darf es nicht geben. Es haben sich mehrere Firmen und Selbständige aus dem Wahlkreis Biberach über die Mauterhöhung und die fehlenden Ausnahmen, etwa auch für den Garten- und Landschaftsbau, beklagt. Es müssen alle gewerblichen Tätigkeiten von der Maut befreit werden, die handwerksmäßig erbracht werden wie der vor- oder nachgelagerte Bereich der Landwirtschaft, Hausmeisterdienste, Energieversorgung, Entsorgung, Messebau, die Tafeln und andere vergleichbare Tätigkeiten. ■